



Rhein-Kreis Neuss  
Der Landrat



Lindenstraße 2  
D-41515 Grevenbroich  
T 02181 601 – 1010/1011/1012  
F 02181 601 – 2400  
E landrat@rhein-kreis-neuss.de  
I www.rhein-kreis-neuss.de

Staatskanzlei des Landes  
Nordrhein-Westfalen  
Frau Ministerpräsidentin  
Hannelore Kraft  
Stadttor 1  
40221 Düsseldorf

Neuss, 28.09.2015

## Hilfen bei der Flüchtlingsunterbringung in Notunterkünften

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft,

zunächst begrüße ich ausdrücklich die zugesagten und dringend erforderlichen finanziellen Hilfen des Bundes und des Landes für die kommunale Ebene, die die Hauptlasten der Flüchtlingsversorgung trägt. Die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern, die die Kommunen im Rahmen der Amtshilfe für das Land Nordrhein-Westfalen binnen kürzester Zeit in Notunterkünften unterbringen, betreuen und versorgen müssen, ist jedoch über Finanzierungsfragen hinaus eine große organisatorische, logistische und personelle Herausforderung. Der Rhein-Kreis Neuss und seine Städte und Gemeinden verstehen es dabei weiterhin als ihre humanitäre Pflicht, Bürgerkriegsflüchtlinge oder politisch Verfolgten zu helfen, die viel Schlimmes erleben mussten. Neben den zugewiesenen Flüchtlingen unterstützen Kreis, Kommunen und Gemeinden das Land Nordrhein-Westfalen derzeit mit rund 1.250 Notunterkunftsplätzen.

Mit Blick auf die sich weiter zuspitzende Situation im Rhein-Kreis Neuss – wie auch im gesamten Land – bitte ich, dringend auf Verbesserungen in der Organisation der Flüchtlingszuweisung und -versorgung hinzuwirken:

1. Wie von der Bezirksregierung angewiesen, teilen wir regelmäßig unsere Aufnahmekapazitäten in den Notunterkünften mit, und erhalten daraufhin auch Flüchtlingszuweisungen. Hierfür halten wir das Perso-

nal für Registrierung, ärztliche Erstuntersuchung, Verpflegung, Betreuung sowie für Dolmetscherdienste vor. Mehrfach kamen jedoch zugesagte Flüchtlingskontingente zum vereinbarten Zeitpunkt gar nicht, mit sehr vielen Stunden Verspätung und/oder mit viel weniger Flüchtlingen als angekündigt. Hierdurch kommt es gerade auch bei den zahlreichen freiwilligen Helfern zu Unmut und Unverständnis. Aber auch für die Kommunalverwaltungen ist das permanente Vorhalten des benötigten Personals über größere Wartezeiten hinaus zunehmend schwieriger geworden.

Zudem bitte ich darauf hinzuwirken, dass freie Kapazitäten in Notunterkünften möglichst in einer Zuweisung aufgefüllt und nicht verteilt auf mehrere Tage. Der Aufwand für Vor- und Nachbereitung sowie die Rufbereitschaft bindet aktuell große Ressourcen.

Eine bessere Steuerung der Flüchtlingszuweisungen und Kommunikation durch das Land würde bei den Kommunen zu einer deutlicheren Entlastung führen.

2. Eigentlich ist die sogenannte Erstaufnahmeuntersuchung der Flüchtlinge Landessache. Auch hier stehen wir aber uneingeschränkt zu unserer Verantwortung, Hilfe zu leisten. Das medizinische Personal unseres Kreisgesundheitsamtes, das in Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten, die medizinische Erstaufnahmeuntersuchung bei ankommenden Flüchtlingen quasi rund um die Uhr durchführt, arbeitet hier im Schichtbetrieb bereits an der Belastungsgrenze. Andere Aufgaben im amtsärztlichen Bereich müssen deshalb bereits seit Wochen unerledigt liegen bleiben. Auch die Röntgenuntersuchungen und Impfungen nehmen zusätzlich zeitlichen Bedarf in Anspruch. Zur Entlastung unserer kreisangehörigen Städten und Gemeinden haben wir deshalb bereits eine kreiseigene „Zentralaufnahmeeinrichtung“ für Flüchtlinge in Notunterkünften am Kreis-Berufsbildungszentrum Grevenbroich geschaffen. Um personelle Ressourcen zu schonen, soll der medizinische Gesundheits-Check dort zentral vorgenommen werden, bevor die Flüchtlinge dann auf Notunterkünfte der Kommunen im Kreis weiter verteilt werden.

Mit Blick auf den weiter zu erwartenden Flüchtlingsstrom sind jedoch dringend mehr ärztliche Hilfen für die Untersuchung von Flüchtlingen erforderlich, die ich bitte, landesseitig zu organisieren. Auch das permanente Vorhalten von Dolmetschern in allen möglichen Sprachen bei den ärztlichen Untersuchungen ist zunehmend schwieriger geworden.

3. Auch mit Blick auf Sicherheitsfragen in den Notunterkünften könnten schwerpunktmäßige Zuweisungen von Flüchtlingen nach Nationalitäten/Religionszugehörigkeiten erhebliche Vorteile bringen. Das Vorhalten von Dolmetscherdiensten, die ärztliche Untersuchung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge würden dabei erheblich vereinfacht.
4. Die personellen Ressourcen, auch der lokalen Hilfsorganisationen, stoßen zunehmend an Grenzen. Weitere Notunterkünfte können auch deshalb nicht betrieben werden, weil schlichtweg das Betreuungspersonal fehlt. Hier müssen landesseitig Überlegungen angestellt werden, wie die Kommunen durch zusätzliches Personal entlastet werden können.
5. Viele Notunterkünfte im Rahmen der Amtshilfe für das Land können die Kommunen auf Grund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nur in Turnhallen realisieren. Dies stößt zunehmend auf Unmut in der Bevölkerung angesichts der Beobachtung, dass zahlreiche leerstehende Liegenschaften des Landes und Bundes nicht oder noch nicht für die Flüchtlingsunterbringung genutzt werden. Allein das 470 Hektar große JHQ der Rheinarmee in Rheindalen umfasst rund 2.000 Gebäude und über 1.300 Wohnungen, die wenigstens zum Teil, ebenso wie beispielsweise die leerstehenden Finanzämter in Grevenbroich und Rheydt, für die Flüchtlingsunterbringung genutzt werden könnten.

Zumindest müssten hier landesseitig mehr Informationen an die Bevölkerung und lokale Politik erfolgen, um die bisherige Akzeptanz von kommunalen Notmaßnahmen nicht zu gefährden. Der weitere Ausbau von Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes muss prioritär und schnell fortgesetzt werden.

6. Die kommunale Familie kann der aktuellen Herausforderung durch die immer größere Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern dauerhaft nur gerecht werden, wenn sie sich auf die Aufnahme und Integration derjenigen Menschen konzentrieren können, die auch eine Bleibeperspektive haben. Die bisherige Verteilung von Flüchtlingen, die keine Bleibeperspektive haben oder aus sicheren Herkunftsländern stammen, auf die Kommunen ist hierzu kontraproduktiv. Die Schaffung von zentralen Aufnahmeeinrichtungen des Landes für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektiven bis zum Abschluss der Asylverfahren würde zu einer deutlichen Entlastung der Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung und späteren Integration führen.
  
7. Ich halte es auch für geboten, bei der Erstregistrierung von Flüchtlingen direkt auch Fingerabdrücke zu nehmen und zentral zu speichern, um Mehrfach-Einreisen von bereits abgewiesenen Flüchtlingen zu verhindern. Hierdurch würde auch die Arbeit der kommunalen Ausländerbehörden bei der späteren Zuweisung von Flüchtlingen und Doppelarbeiten vermieden. Zudem sollten die Daten unmittelbar in den entsprechenden Fachverfahren erfasst werden, um so Doppeleingaben zu vermeiden. Letzteres kann auch die mobilen Erfassungsteams entbehrlich machen und die Verfahren insgesamt beschleunigen.
  
8. Mit den kreisangehörigen Bürgermeistern stimme ich im Ziel überein, die derzeit als Notunterkünfte belegten Turnhallen baldmöglichst durch Inanspruchnahmen von anderen Immobilien wieder für die Sportnutzung von Schulen und Vereinen frei zu bekommen. Die Anmietung von freistehenden (Gewerbe-)Immobilien als Notunterkünfte durch das Land erfolgt aus meiner Sicht nicht zügig genug. Alleine die Dauer derzeitiger Prüfverfahren steht im Widerspruch zu der propagierten Flexibilität im Umgang mit Flüchtlingen. Auf Dauer kann bei Vorliegen von Alternativen die Belegung von immer weiteren Turnhallen zu Notunterkünften nicht akzeptiert werden. Ich bitte daher, die Prüfverfahren des Landes für potentiell in Frage kommende Immobilien dahingehend auszubauen und zu beschleunigen.

Eine Durchschrift dieses Schreibens erhalten auch Innenminister Jäger  
und Regierungspräsidentin Lütkes.

Mit freundlichen Grüßen



Durchschrift:

Ministerium für Inneres und  
Kommunales des Landes NRW  
Herrn Minister  
Ralf Jäger  
Haroldstr.5  
40213 Düsseldorf

Bezirksregierung Düsseldorf  
Frau Regierungspräsidentin  
Annemarie Lütkes  
Cecilienallee 2  
40474 Düsseldorf